Einige Meilensteine der politischen Bildung in der Zweiten Republik

Heeresbild- und Filmstelle/MINICH

„Österreich – Erstes Opfer des Nationalsozialismus“.
Im Gegensatz zu Deutschland finden in Österreich keine „Re-Education“-Maßnahmen statt.
Der Opfermythos fördert nach 1945 das Verständnis von politischer Bildung als traditioneller Staatsbürgerkunde.

https://de.wikipedia.org/wiki/Rot-Wei%C3%9F-Rot-Buch#/media/File:Rot-Weiss-Rot-Buch_1946.jpg

Institut für Wissenschaft und Kunst

Sekretariat: I, Schubertring 3, Telephon U 12 5 95

Programm

der Veranstaltungen Februar–März 1946

Wissenschaftliche Vorträge:

22. Februar, 17.30 Uhr, Kleiner Festsaal des Neuen Wiener Rathauses, Eröffnung der Veranstaltungen des Institutes für Wissenschaft und Kunst:

Bundespräsident Dr. h. c. Dr. KARL RENNER

Demokratie — Bürokratie

Vortrag vor Mitgliedern des Instituts und geladenen Gästen

8. März, 18 Uhr, Saal des Ingenieur- und Architekten-Vereines, I, Eschenbachgasse 9
Univ.-Prof. Dr. WILHELM MARINELLI

Die Gestalt des Lebendigen

22. März, 18 Uhr, Saal des Ingenieur- und Architekten-Vereines, I, Eschenbachgasse 9
Univ.-Doz. Dr. FRITZ NOVOTNY

Die Stellung der bildenden Kunst in unserer Zeit

Im April finden folgende Vorträge statt: Univ.-Prof. Dr. Robert Bleichsteiner über „Die Überwindung des romantischen Nationalismus in den Geisteswissenschaften" — Univ.-Prof. Dr. Leo Stern über „Die Wertfreiheit in der Sozialwissenschaft" und Univ.-Prof. Dr. Karl Wolff über „Krise des Rechts"

Künstlerische Veranstaltungen:

Leitung: PHILIPP ZESKA

1. März, 18 Uhr, Saal des Ingenieur- und Architekten-Vereines, I, Eschenbachgasse 9

„Schauen, Atmen, Schreiten . . ."

FRANZ WERFEL, ein österreichischer Dichter

15. März, 18 Uhr, Saal des Ingenieur- und Architekten-Vereines, I, Eschenbachgasse 9

Das geistige Frankreich in dieser Zeit

Dichtungen von Aragon, Simone de Beauvard, Cassou, Eduard, Paul Han, Sartre

29. März, 18 Uhr, Saal des Ingenieur- und Architekten-Vereines, I, Eschenbachgasse 9

Oesterreichische Parallelen zur ausländischen Literatur

Verwandtschaft der Form und des Geistes

Karten zu allen Veranstaltungen, ausgenommen zum Vortrag des Herrn Bundespräsidenten, sind zum Preis von S 3·—, für außerordentliche Mitglieder zum halben Preis und für ordentliche Mitglieder kostenlos im Sekretariat des Institutes für Wissenschaft und Kunst, I, Schubertring 3, Telephon U 12 5 95 erhältlich. — Mitglieder des Institutes wollen ihre Karten spätestens 4 Tage vor der jeweiligen Veranstaltung anfordern

ÖNB: PLA16340278

1946 wird das Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK) als eine der ersten Erwachsenenbildungs-einrichtungen der Nachkriegszeit gegründet.

VERORDNUNGSBLATT

FÜR DEN DIENSTBEREICH DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR UNTERRICHT

Jahrgang 1949 Wien, am 1. August 1949 8. Stück

83. Erlaß: Staatsbürgerliche Erziehung;
84. Erlaß: Verzeichnis der mit dem Öffentlichkeitsrecht beliehenen privaten hauswirtschaftlichen, gewerblichen, kaufmännischen, sozialen und Musik-Schulen;
85. Erlässe: Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an private Schulen;
86. Erlaß: Gewerbeberechtigungsklausel;
87. Erlaß: Zeugnisse mittlerer Lehranstalten, Stempelgebühren;
88. Erlaß: Maßnahmen für die Erteilung des Unterrichtes an Haupt- und Mittelschulen im Schuljahr 1949/50;
89. Erlaß: Vorschrift für die Externistenreifeprüfung;
90. Erlaß: Durchführung des Bundesgesetzes über die Standesbezeichnung „Ingenieur";
91. Erlaß: Verzeichnis der für den Bundesdienst vorgemerkten Anwärter für das Lehramt an mittleren Lehranstalten;
92. Erlaß: Bestimmungen für das Österreichische Sport- und Turnabzeichen für Versehrte.

Amtlicher Teil

83. Staatsbürgerliche Erziehung.

(Erlaß vom 6. Juli 1949, Z. 25.575-IV/12/49.)

Alle Schulbehörden und die gesamte Lehrerschaft haben die Pflicht, der staatsbürgerlichen Erziehung der gesamten Jugend ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Bundesministerium stellt im Nachfolgenden für diese wichtige Erziehungsaufgabe die Ziele und Grundsätze fest und verweist auf zeitgemäße Mittel und Wege zur Durchführung dieser Aufgabe.

I. Aus der Verbundenheit des österreichischen Volkes und seiner Kultur mit dem österreichischen Staat ergeben sich für die staatsbürgerliche Erziehung zwei Aufgaben, die zwar von einander nicht zu trennen sind, deren wesentliche Sonderart aber erkannt und erfüllt werden muß. Die eine Aufgabe besteht in der Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewußtseins (Heimaterziehung), die zweite hat die Erziehung zu treuen und tüchtigen Bürgern der Republik zum Gegenstand (politische Erziehung).

Die staatsbürgerliche Erziehung darf nicht als ein für sich abgesondertes Problem behandelt werden, das als Zugabe neben den anderen Erziehungsaufgaben gelöst werden könnte, sondern sie muß im Zusammenhang und Einklang mit den in der österreichischen Tradition der Schulgesetzgebung verankerten obersten Zielen der Erziehung des Menschen und der Menschheit begriffen und von dort her geplant und durchgeführt werden.

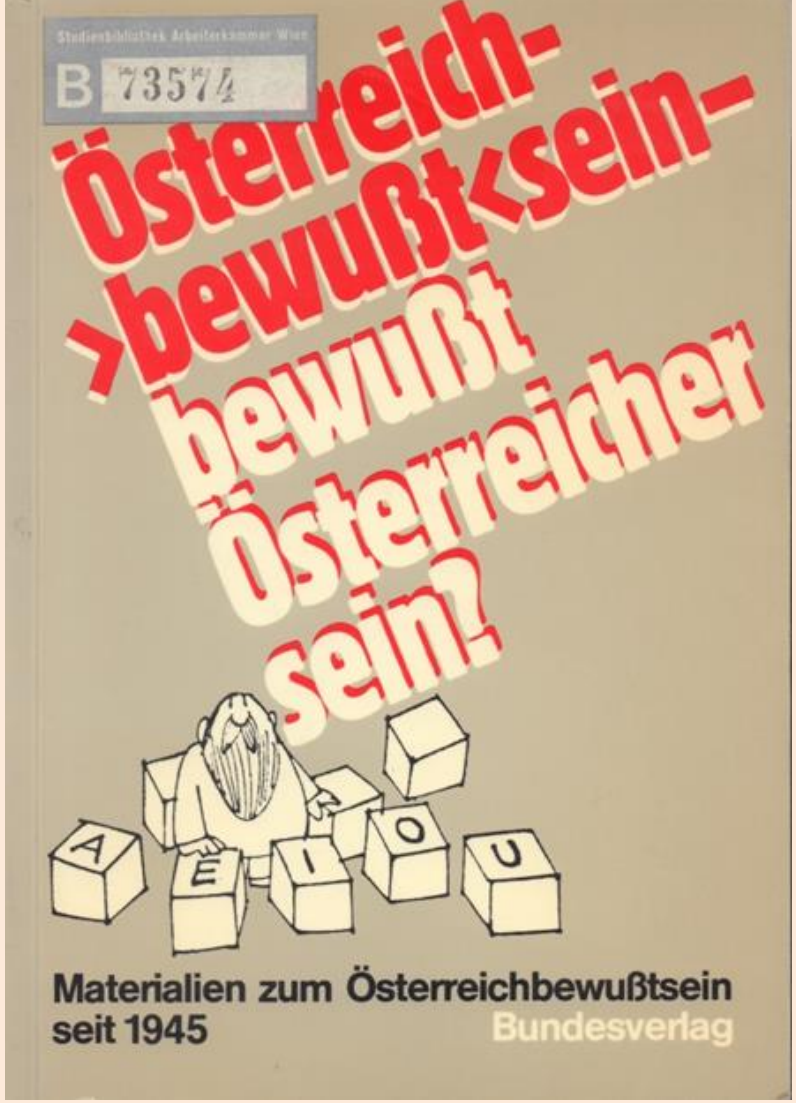
II. 1. Zur Erreichung eines tiefen Volks- und Kulturbewußtseins wird die österreichische Eigenart im geistigen und wirtschaftlichen Schaffen in Vergangenheit und Gegenwart nicht nur im Heimatkundeunterricht der Volksschule, sondern in allen dazu geeigneten Lehrfächern aller Schulstufen und Schultypen herauszuarbeiten und die Bindungen und vielfältigen Beziehungen österreichischen Kulturschaffens mit dem aller anderen Kulturnationen werden immer wieder aufzuzeigen sein.

2. Bei der Erziehung zu einer lebendigen Staatsgesinnung wird die auch in der Zukunft bedeutende Rolle Österreichs als einer freien unabhängigen Republik in der europäischen Politik ohne jede einseitige Bindung nach irgend einer Richtung besonders betont werden müssen. Die Achtung vor der Meinung anderer, das Verständnis gegenüber fremden Interessen und Handlungen wird für die Jugend im gesamten Schulleben maßgebend sein und sie wird immer wieder darüber belehrt werden müssen, daß eine Hauptaufgabe der Demokratie die friedliche Auseinandersetzung und der wechselseitige Ausgleich sind und daß jede gewaltsame Lösung von vornherein ausgeschlossen ist. Diese persönliche Haltung erwächst aus strengem kritischem Denken und einem Einfühlungsvermögen gegenüber dem Einzelnen und der Gemeinschaft, aus einem auf ernstem Verantwortungsbewußtsein begründeten Charakter und aus dem festen Willen, das richtig Erkannte durchzuführen und die demokratische Freiheit gegen jedes Unrecht zu verteidigen.

III. 1. Die Erziehung zum bewußten Österreichertum wird durch das Erleben der engeren und weiteren Heimat und durch die Bereicherung des Wissens um Heimat und Volk

http://www.politik-lernen.at/dl/lKmsJKJKonomJqx4KmJK/Staatsbuergerliche_Erziehung_Erlass.pdf

Am 6. Juli 1949 erscheint der „Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung".



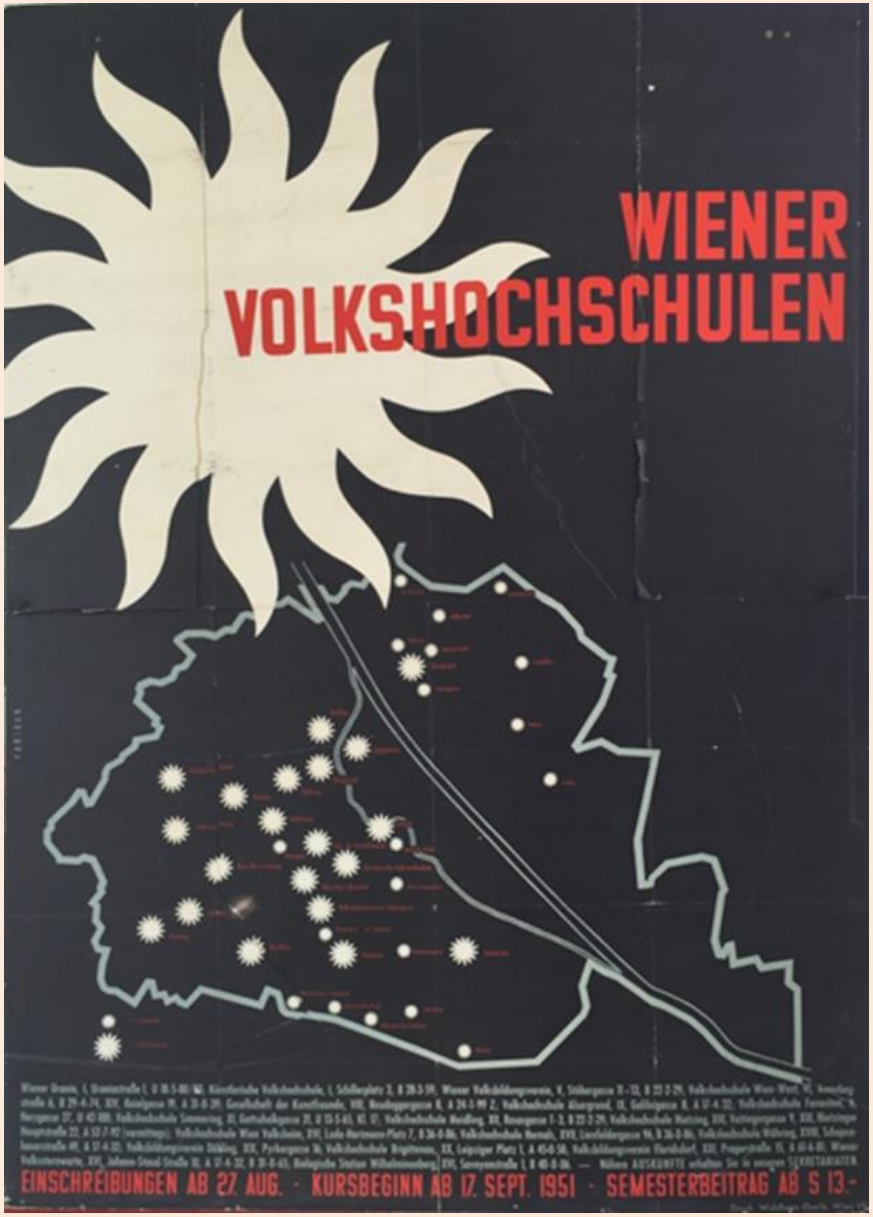
AK Bibliothek Wien

Das Ziel des Erlasses ist, die SchülerInnen zu treuen und tüchtigen BürgerInnen der Republik zu erziehen und ihr „Österreich-Bewusstsein“ zu stärken.

1950 konstituiert sich der bundesweite „Verband Österreichischer Volkshochschulen“ (VÖV).

Österreichisches Volkshochschularchiv

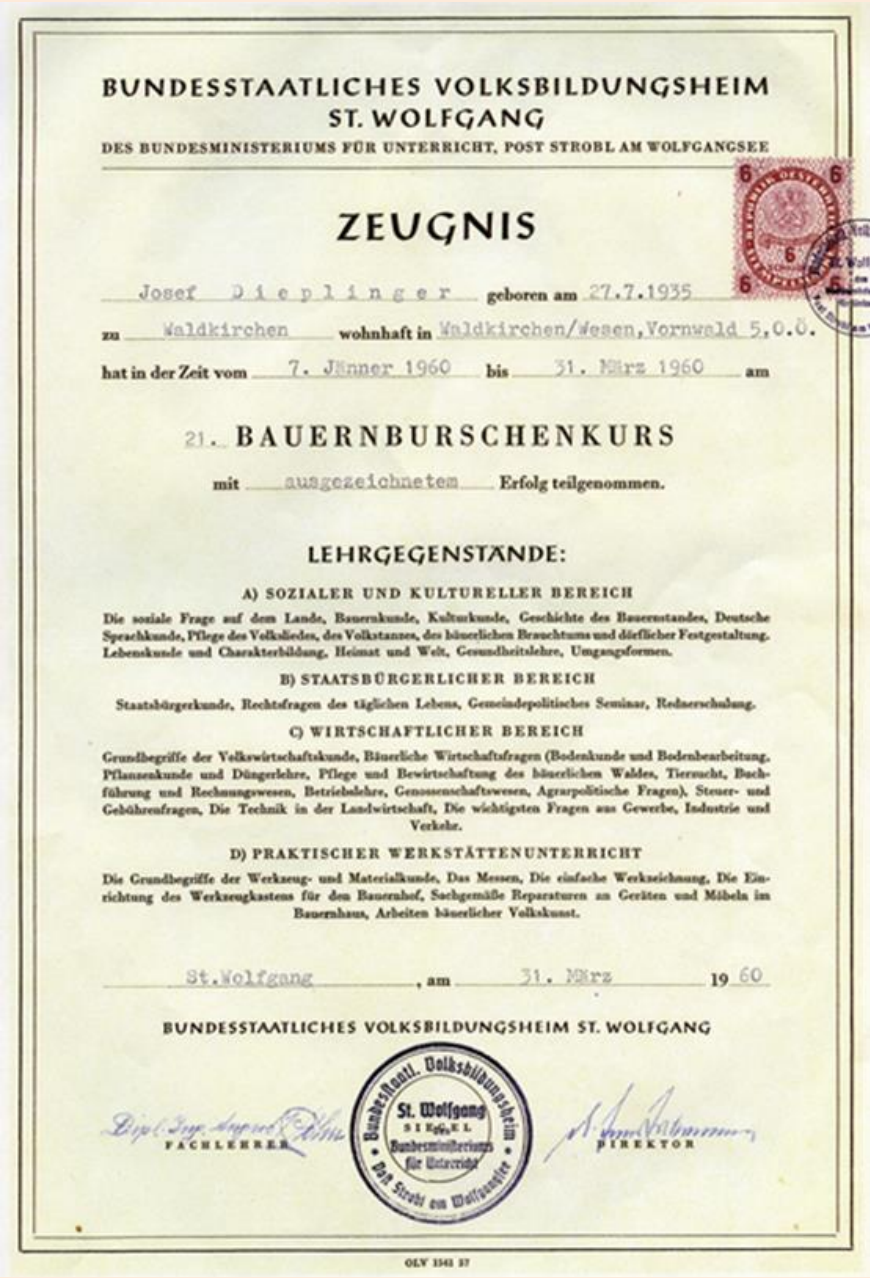
Österreichisches Volkshochschularchiv



ÖNB: PLA16831323

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Am 12. Juli 1956 wird das „Bundesstaatliche Volksbildungsheim St. Wolfgang“ eröffnet.



BUNDESSTAATLICHES VOLKSBILDUNGSHEIM
ST. WOLFGANG
DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR UNTERRICHT, POST STROBL AM WOLFGANGSEE

ZEUGNIS

Josef Dieplinger geboren am 27.7.1935
zu Waldkirchen wohnhaft in Waldkirchen/Wesen, Vornwald 5, O.Ö.
hat in der Zeit vom 7. Jänner 1960 bis 31. März 1960 am

21. BAUERNBURSCHENKURS

mit ausgezeichnetem Erfolg teilgenommen.

LEHRGEGENSTÄNDE:

A) SOZIALER UND KULTURELLER BEREICH

Die soziale Frage auf dem Lande, Bauernkunde, Kulturkunde, Geschichte des Bauernstandes, Deutsche Sprachkunde, Pflege des Volksliedes, des Volkstanzes, des bäuerlichen Brauchtums und dörflicher Festgestaltung. Lebenskunde und Charakterbildung, Heimat und Welt, Gesundheitslehre, Umgangsformen.

B) STAATSBÜRGERLICHER BEREICH

Staatsbürgerkunde, Rechtsfragen des täglichen Lebens, Gemeindepolitisches Seminar, Rednerschulung.

C) WIRTSCHAFTLICHER BEREICH

Grundbegriffe der Volkswirtschaftskunde, Bäuerliche Wirtschaftsfragen (Bodenkunde und Bodenbearbeitung, Pflanzenkunde und Düngerlehre, Pflege und Bewirtschaftung des bäuerlichen Waldes, Tierzucht, Buchführung und Rechnungswesen, Betriebslehre, Genossenschaftswesen, Agrarpolitische Fragen), Steuer- und Gebührenfragen, Die Technik in der Landwirtschaft, Die wichtigsten Fragen aus Gewerbe, Industrie und Verkehr.

D) PRAKTISCHER WERKSTÄTTENUNTERRICHT

Die Grundbegriffe der Werkzeug- und Materialkunde, Das Messen, Die einfache Werkzeichnung, Die Einrichtung des Werkzeugkastens für den Bauernhof, Sachgemäße Reparaturen an Geräten und Möbeln im Bauernhaus, Arbeiten bäuerlicher Volkskunst.

St. Wolfgang, am 31. März 1960

BUNDESSTAATLICHES VOLKSBILDUNGSHEIM ST. WOLFGANG

FACHLEHRER

Bundesstaatl. Volksbildungsheim St. Wolfgang Siegel Bundesministerium für Unterricht Post Strobl am Wolfgangsee

DIREKTOR

OLV 1341 57

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

1974 wird dieses in „Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang (bifeb)“ umbenannt.

ÖNB: PLA16690021

In den 1970er-Jahren erhält politische Bildung einen neuen Stellenwert und wird zum Gegenstand (partei-)politischer Debatten.

ÖNB: PLA16690499

ÖNB: PLA16781089

Im Kontext von zunehmenden Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen wird politische Bildung allmählich zu einem wichtigen Instrument für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Im Juni 1970 beginnen die „Zertifikatskurse für Politische Bildung im Burgenland“.
Durch die Vermittlung kommunalpolitischer Strukturen und Prozesse tragen sie wesentlich zur Modernisierung der Lokalpolitik bei. Die Zertifikatskurse werden bis 1990 angeboten.

VGA/AZ-Fotoarchiv: E18-1633 | www.vga.at

Im Schuljahr 1970/71 wird die unverbindliche Übung „Politische Bildung“ für die achten Klassen der AHS eingeführt. Bis 1977 kann die unverbindliche Übung auf die siebte und sechste AHS-Schulstufe ausgeweitet werden.

ÖNB: FO503763/04/77

Österreichisches Volkshochschularchiv

Österreichisches Volkshochschularchiv

1972 schließen sich sieben bundesweit tätige Erwachsenenbildungsverbände in der „Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs“ zusammen.
Seit 1979/80 hat die KEBÖ zehn Mitgliedsverbände.

ÖNB: PLA16590456

ÖNB: PLA16590128

ÖNB: PLA16680557

ÖNB: PLA16306473

ÖNB: PLA16760065

Kath. Bildungswerk der Erzdiözese Wien
in Zusammenarbeit mit dem Kath. Akademikerverband Wien

REG. DIREKTOR DR. H. JOACHIM SCHWAGERL
(Wiesbaden)

ZUR STRATEGIE UND WIRKUNGSWEISE DES LINKSEXTREMISMUS

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER TAKTIK TERRORIST. GRUPPEN IN DER BRD

Dienstag, 24. Februar 1976 — 19.45 Uhr
Bildungszentrum 12, Bendlgasse 10–12, 1120 Wien

Freitag, 27. Februar 1976 — 19.30 Uhr
Bildungszentrum 9, Strudlhofgasse 5, 1090 Wien

(Karten für diesen Vortrag sind im Kath. Bildungswerk, 1010 Wien, Stephanspl. 6/V/8, erhältlich (Tel. 52 55 31/20, 21)

ÖNB: PLA16383664

KATHOLISCHE MÄNNERBEWEGUNG — KATHOLISCHE FRAUENBEWEGUNG
KATHOLISCHES BILDUNGSWERK — BILDUNGSHAUS GROSS-RUSSBACH

Einladung zur

Weinviertel Akademie

Dr. Rudolf Bretschneider:

WIR UND DIE FREMDEN

Vortrag und Diskussion

Jahrzehntelang haben wir die Öffnung unserer Grenzen zum Osten ersehnt. Wie gehen wir jetzt mit den Menschen um, die die gewonnene Freiheit nutzen und nach Österreich kommen?

Manche möchten sich hier eine neue Existenz schaffen – welche Chancen sehen wir daher für sie und unser Land? Dr. Rudolf Bretschneider, Leiter des „Fessel-Institut", bekannt für anschauliche und lebendige Vorträge, wird aufgrund seiner wissenschaftlichen Untersuchungen erläutern, wie die Österreicher auf Zuwanderer reagieren. Gemeinsam wollen wir überlegen, was wir zu einem gedeihlichen Zusammenleben beitragen können.

Herzlich eingeladen sind alle, denen die zukünftige Entwicklung des Weinviertels ein Anliegen ist.

Dienstag, 12. März 1991, 19.00 Uhr
Bildungshaus Groß-Rußbach

Medieninhaber: Katholisches Bildungswerk der Erzdiözese Wien, 1010 Wien, Stephansplatz 5. Druck: A. Nowotny, 1080 Wien, Lauchlamarstraße 8/

1991/2/13

ÖNB: PLA16383664

Steirisches Volksbildungswerk / Bezirksjugendreferent
Buchhandlung Julius Schönwetter, Hartberg laden ein zur

Buchausstellung

vom 3. bis 10. Dezember
im Festsaal der Bezirkshauptmannschaft Hartberg

Eröffnung der Ausstellung

am 3. Dezember 1967, um 11·15 Uhr, verbunden
mit einer DICHTERLESUNG durch den
Buchklubautor Oskar J. Tauschinski

Die Ausstellung ist geöffnet
von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr

Einen regen Besuch erwarten die Aussteller

DRUCK: JULIUS SCHÖNWETTER, HARTBERG

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1972_271_0/1972_271_0.pdf

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1972 Ausgegeben am 27. Juli 1972 82. Stück

270. Bundesgesetz: Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung

271. Bundesgesetz: Preisbestimmungsgesetz 1972

272. Bundesgesetz: Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik

270. Bundesgesetz vom 6. Juli 1972, mit dem Bestimmungen über die Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung getroffen werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Im Bereich der in der Anlage angeführten Ortschaften in Gemeinden des Landes Kärnten sind die topographischen Bezeichnungen und Aufschriften, die von Gebietskörperschaften angebracht werden, sowohl in deutscher als auch in slowenischer Sprache zu verfassen. Als slowenische Namen sind die ortsüblichen Bezeichnungen zu verwenden.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Jonas

Kreisky Häuser Rösch Broda
Sinowatz Androsch Weihs Staribacher
Frühbauer Kirchschläger Moser
Firnberg Leodolter

1972 wird das „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ verabschiedet.

Karl von Vogelsang Institut

ÖVP-Parteiakademie

Renner Institut

Das Gesetz zieht unter anderem die Gründung der Parteiakademien nach sich.

Renner Institut

SPÖ-Parteiakademie

Karl von Vogelsang Institut

1973 wird das „Bundesgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln“ beschlossen.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1973_171_0/1973_171_0.pdf

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

1015

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

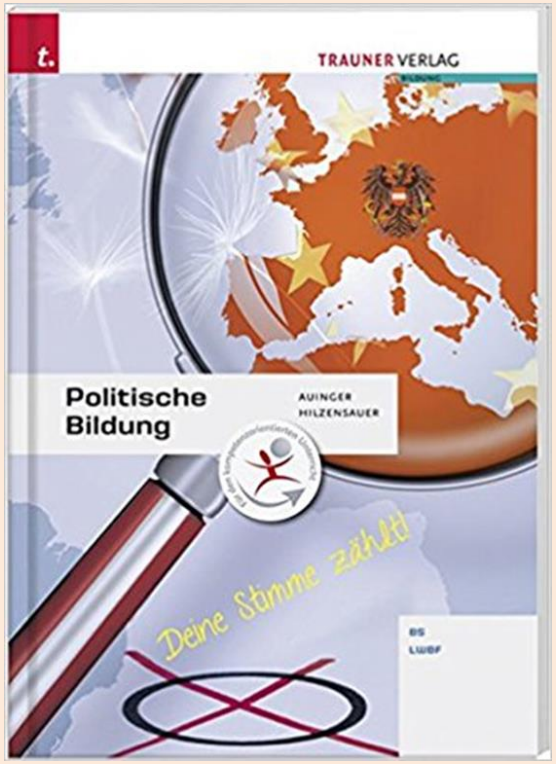
Jahrgang 1973 Ausgegeben am 13. April 1973 38. Stück

168. Bundesgesetz: Waffengesetz-Novelle 1973
169. Bundesgesetz: Schieß- und Sprengmittelgesetz-Novelle 1973
170. Bundesgesetz: Ausbildungsbeiträge für Probelehrer
171. Bundesgesetz: Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln
172. Bundesgesetz: 2. Novelle zum GSKVG 1971
173. Bundesgesetz: Änderung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes

Politische Bildung wird darin als „förderungswürdige Aufgabe“ ausgewiesen, und die Erwachsenenbildung erhält mehr öffentliche Bedeutung sowie finanzielle Mittel.

1973 kommt es zur Gründung einer eigenen Abteilung für Politische Bildung im Unterrichtsministerium.

1974 versucht das Unterrichtsministerium, politische Bildung in den 8. Klassen der AHS und der Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) als Pflichtfach einzuführen. Dieser Versuch scheitert.



Trauner Verlag

In den Berufsschulen wird 1976 das Fach „Staatsbürgerkunde“ in „Politische Bildung“ umbenannt.

1977 wird die **Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung** gegründet. Die **ÖGPB** fungiert im burgenländischen Mattersburg als Trägerverein für das 1978 ins Leben gerufene „Österreichische Institut für Politische Bildung (ÖIPB)“.

VGA/AZ-Fotoarchiv: E18-1228 | www.vga.at

ÖGPB

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR POLITISCHE BILDUNG

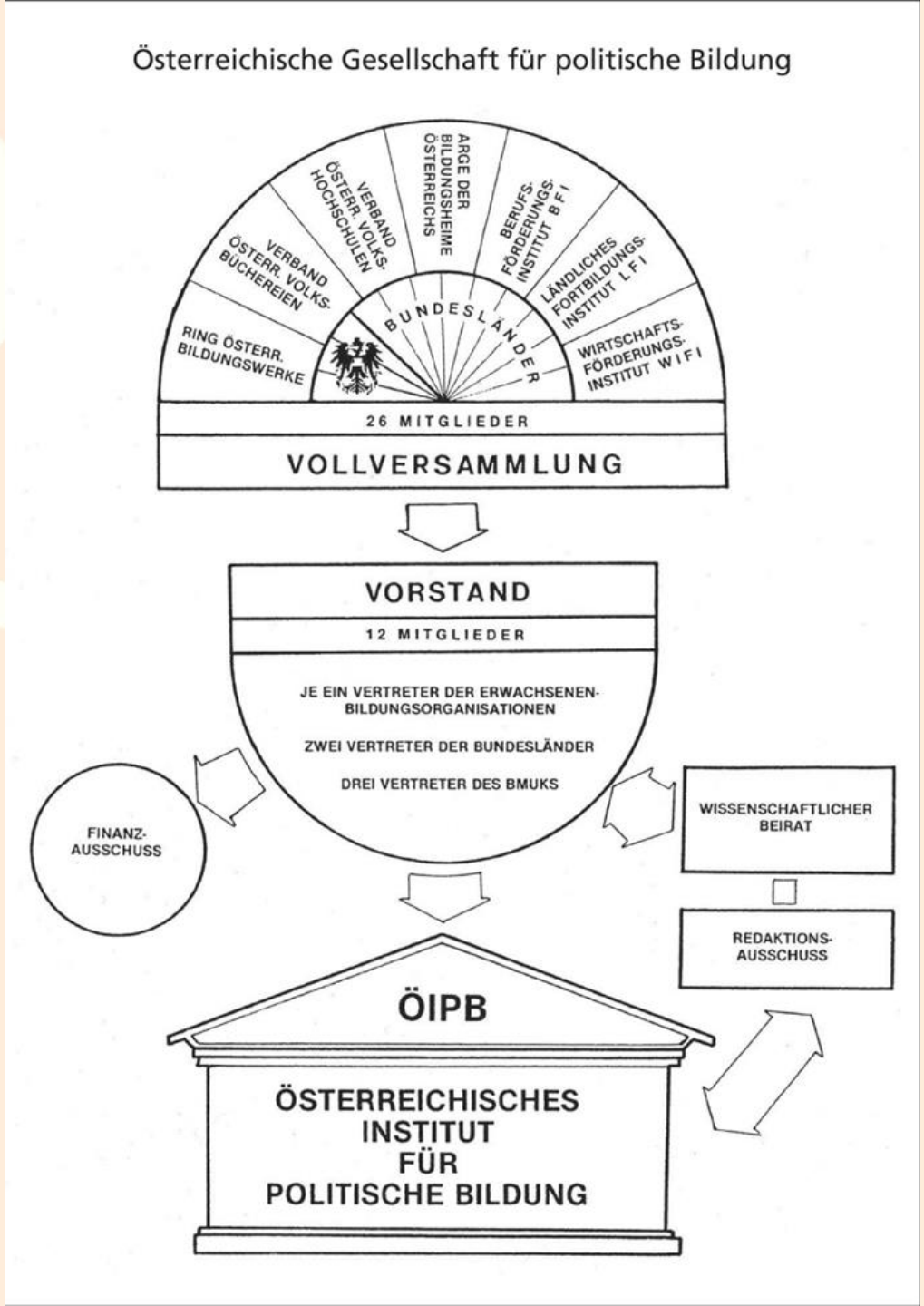
P r o t o k o l l

der konstituierenden Vorstandssitzung
vom 14. Juni 1977

Sitzungsort: Audienzsaal des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

Als gewählter Vorsitzender begrüßt Bundesminister Dr. Sinowatz die Erschienenen und erklärt, daß Hauptzweck dieser Sitzung die Konstituierung des Vorstandes sei. Darüber hinaus sollten nur dringende Fragen besprochen werden.

Gerhard Baumgartner (2007): „Wagnis Demokratie – 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“, S.14



Österreichisches Volkshochschularchiv

Fast alles ist politisch, nur nicht der Unterricht

Studie untersucht 13 Jahre „Politische Bildung" und findet wenige Lehrer, die das Unterrichtsprinzip wirklich zum Prinzip machen

Helmut Spudich

Wien – Zwar darf man heute auch an der Schule ruhig darüber reden: Fast alle Lehrerinnen und Lehrer, 93 Prozent, sehen aktuelle Zusammenhänge zwischen ihrem Unterricht und dem politischen Tagesgeschehen. Eine große Mehrheit, 72 Prozent, ist der Meinung, daß ihr Fach politische Fragen berühre. Und auch die naturwissenschaftlichen Fächer, einst über die Niederungen menschlicher Beziehungen erhaben, werden über die Aktualität ökologischer und umweltpolitischer Fragen Schauplatz politischen Interesses.

Allein „viele Themen von politischem Interesse kommen im Unterricht nicht flächendeckend zur Sprache", konstatiert Rainer Münz vom Institut für Demographie. „Etwa ein Viertel der Lehrer macht das gut, etwa die Hälfte der Lehrer wären potentielle Umsetzer politischer Inhalte, wenn man sie ihnen mundgerecht aufbereiten würde, und ungefähr 20 Prozent sagen von sich, daß sie mit politischen Themen nicht belästigt werden wollen."

Münz und sein Kollege Heinz Faßmann haben in einer jetzt vorliegenden Studie die Durchsetzung der seit 1978 per „Grundsatzerlaß" an den Schulen verankerten „Politischen Bildung" unter die Lupe genommen. 1350 Lehrerinnen und Lehrer standen Rede und Antwort darüber, wie Politik in ihrem Unterricht vorkommt – oder fehlt.

Dabei, sagt Münz, habe sich gezeigt, daß zwar das Grundtrauma der Tabuisierung der Politik im Unterricht überwunden wurde. „Interessanterweise" sei das keine Altersfrage, wie oft vermutet werde, im Gegenteil: Ältere Lehrer mit langer Dienstzeit seien häufig die besseren Umsetzer politischer Inhalte; vor allem jüngere Lehrerinnen würden politische Themen am meisten vernachlässigen.

Nicht bestätigt fanden Faßmann und Münz die gerne kolportierte These, daß „die heutige Schülergeneration kein politisches Interesse hat". Vielmehr gebe es „Druck von unten auf die Lehrer, denen politische Fragen gestellt werden." Die Fragen der Schüler träfen auf die Unsicherheit der Lehrer, was sie zu Themen wie EG oder Europa sagen können – mangels

Direktive von oben wächst das Verlangen nach vorbereiteten Unterlagen, „am besten auf einer Overheadfolie im Format A4", sagt Münz. Nebenaspekt: Für gutes Material würden immerhin 47 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer sogar aus eigener Tasche dazuzahlen.

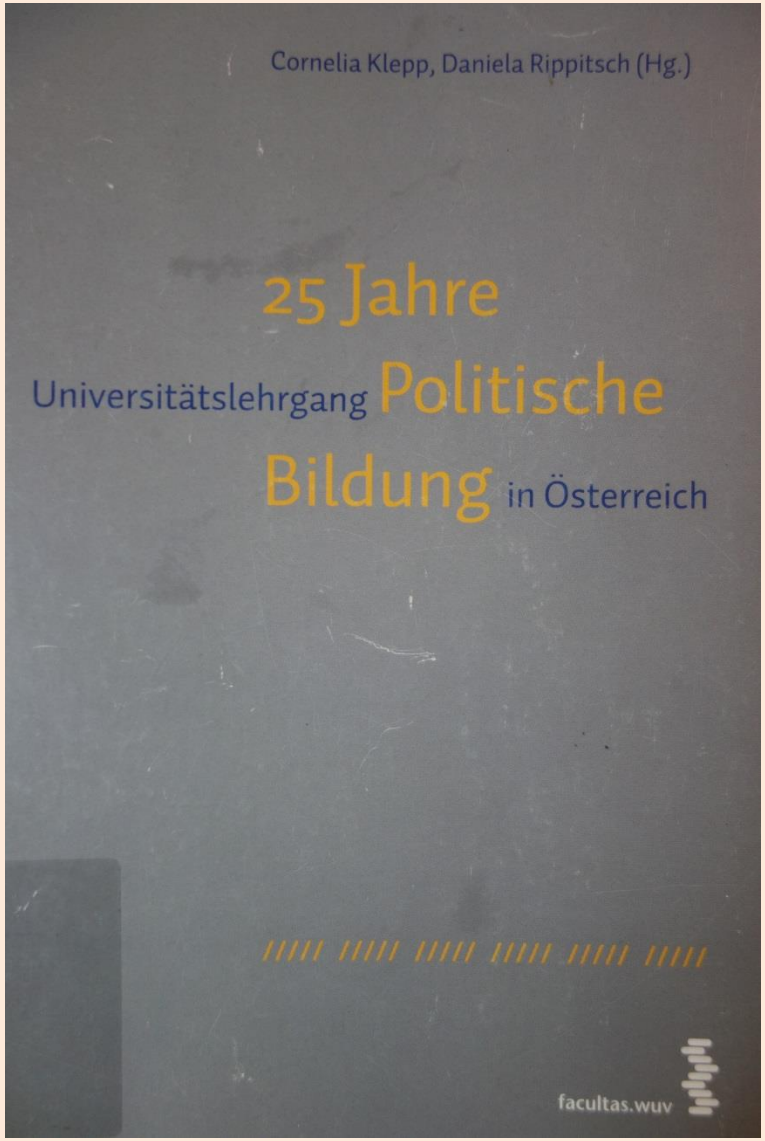
Dabei trafen die Forscher auf erhebliche regionale Unterschiede im Grad des politischen (Des-)Interesses. Das geringste Interesse an der Umsetzung politischer Bildung im Unterricht zeigen die Lehrer im Burgenland, wo Faßmann und Münz 30,3 Prozent der Lehrer als „desinteressiert", hingegen nur 14,4 Prozent als „vorbildlich" einstuften. Genau umgekehrt die Situation in Kärnten: Hier finden sich 30,6 Prozent der Lehrer in der Kategorie „vorbildlich", 13 Prozent hingegen bei den „Desinteressierten". Wahrscheinlich, mutmaßt Münz, würden die Spannungen zwischen deutscher und slowenischer Volksgruppe das politische Interesse in Kärnten begünstigen.

Die restliche absteigende Skala des „vorbildlichen" Interesses: Auf Kärnten folgen die Steiermark, Wien, Salzburg, Vorarlberg, Niederösterreich, Tirol und – nur noch mit vier Punkten vor dem Burgenland – Oberösterreich.

Eines der Grundprobleme, die Faßmann und Münz diagnostizieren, sei das Fehlen eines Grundkonsenses, was in Zukunftsfragen verbindlich unterrichtet werden soll. Über die Vermittlung staatlichen und gesellschaftlichen Wissens gebe es viel Unsicherheit, aber wenig Gemeinsamkeiten. Natürlich sei es kein Zufall, daß man sich leichter über das Periodensystem der Elemente einigen könne als über die Elemente politischen Unterrichts, denn „wir können zwar keinen Schüler maturieren, der nicht Differentialgleichungen lösen kann, aber dafür Jugendliche von der Schule lassen, die über das Zustandekommen von Gesetzen nicht Bescheid wissen", kritisiert Münz.

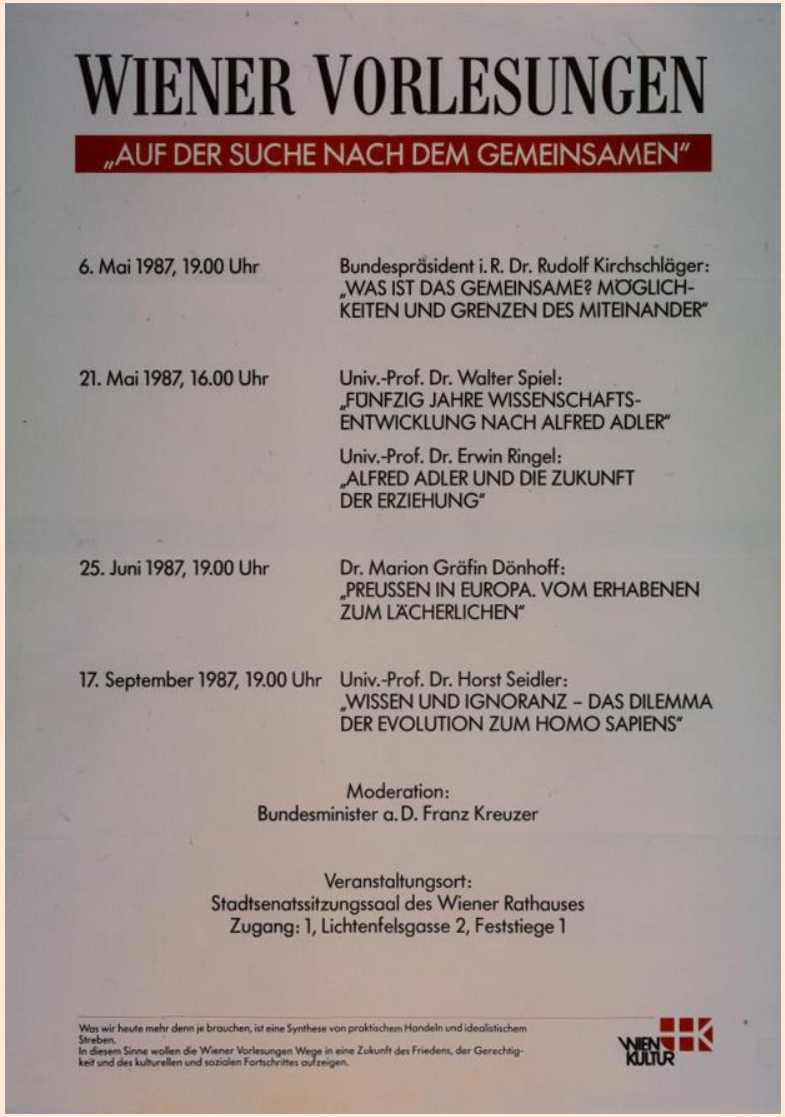
Im nachhinein, resümiert Münz, zeige sich, daß das 1978 anstelle eines Faches etablierte „Unterrichtsprinzip politische Bildung" eine interessante Idee, aber keine ausreichende Lösung gewesen sei: Man habe damit die notwendige Professionalisierung und Ausbildung von Lehrern verhindert.

Unterrichtsminister Fred Sinowatz unterzeichnet im April 1978 den „Grundsatzerlass Politische Bildung in den Schulen". Politische Bildung gilt ab diesem Zeitpunkt als Unterrichtsprinzip für alle Schulfächer.



1984/85 institutionalisiert sich der Universitätslehrgang Politische Bildung.

Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung, P-217936



1987 wird das Dialogforum der Stadt Wien, die „Wiener Vorlesungen", als kommunale Erwachsenenbildungsinitiative geschaffen.

Wien Geschichte Wiki

https://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/DEMWERK/DEMOKRATIEWERKSTATT/

ÖNB: PLA16382654

Demokratiezentrum Wien

Ab den 1990er-Jahren entstehen einzelne Initiativen zur Stärkung politischer Bildung an Schulen und zur Professionalisierung der Erwachsenenbildung.

ÖGPB

Im selben Zeitraum entstehen auch vermehrt Initiativen der politischen Bildung in Vereinen und Selbstorganisationen.

ÖGPB

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR

POLITISCHE BILDUNG

p. A.: 1020 Wien, Weintraubengasse 13, Tel.: 0222/26 42 26

ANWESENHEITSLISTE:

1. Vorstandssitzung

Montag, 6. Juli 1992, 10.30 Uhr, im VÖV

NAME	BUNDESLAND
DR. JOHANN DVOŘAK	BMUK
Mag. Karl Kalcsics	STMK
Dr. Edmund Pauers	Salzburg
Dr. Martin Friedmann	Salzburg
Will. Fill	VÖV

1991 wird das ÖIPB geschlossen
und die **ÖGPB** stellt sich neu auf.

ÖGPB

Das **ÖGPB**-Büro ist von nun an in Wien.

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR
POLITISCHE BILDUNG

Projektantrag zur politischen Bildung 1993

für Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf kommunaler-, regionaler- und Landesebene

Geplantes Vorhaben:

(Kurze Beschreibung)

Antragsteller/in:

(Name, Institution, Adresse, Tel.)

Projektbeschreibung:

Zielsetzung:

Inhalt:

Zielgruppe(n):

Angewendete Methoden:

Zeitliche Dauer:

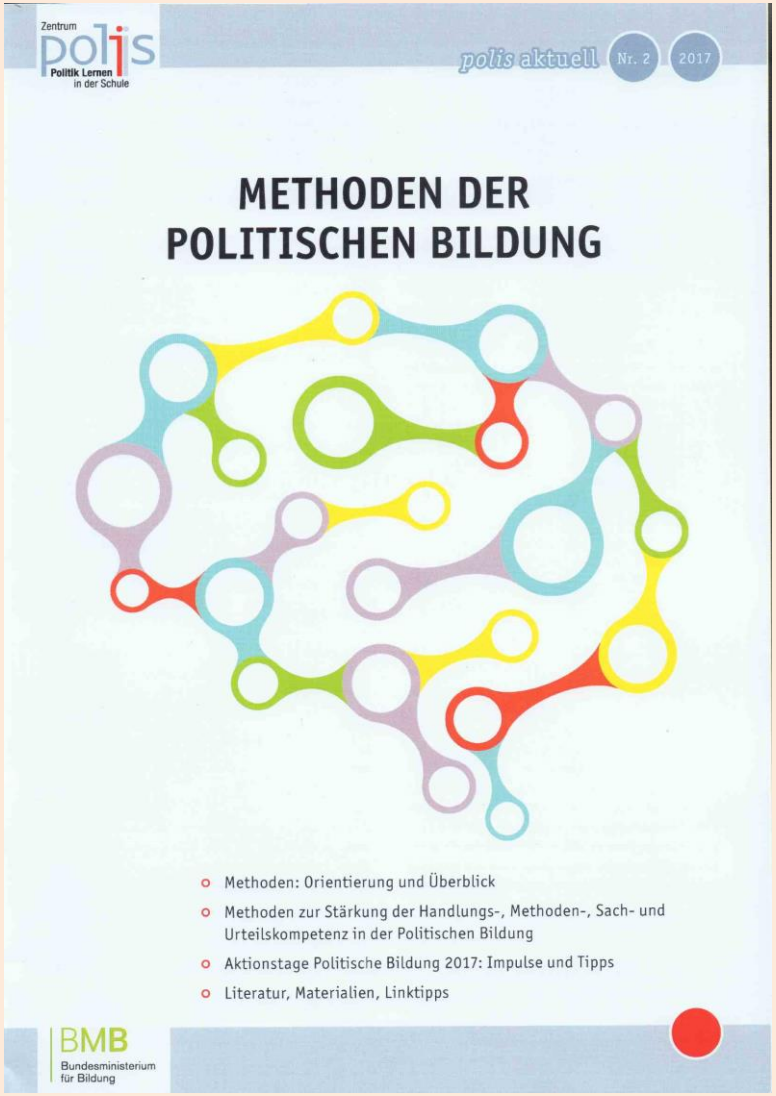
(September 1993 bis Juni 1994)

p. A. A-1020 Wien, Weintraubengasse 13
Tel.: 0 22 2/26 42 26, FAX 0 22 2/214 38 91

ÖGPB

Ein Aufgabenschwerpunkt umfasst die jährliche Fördermittelvergabe für Projekte der politischen Erwachsenenbildung.

Zentrum polis



http://www.politik-lernen.at/

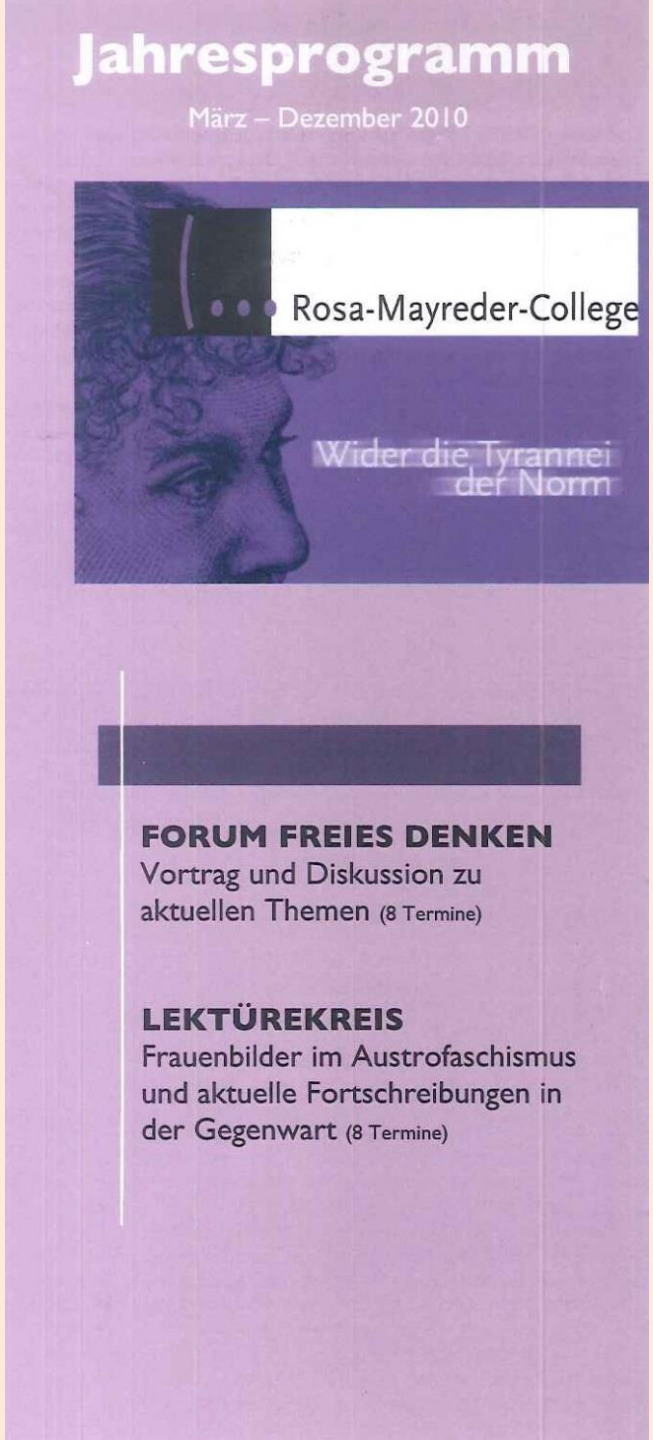
Zentrum polis Politik Lernen in der Schule

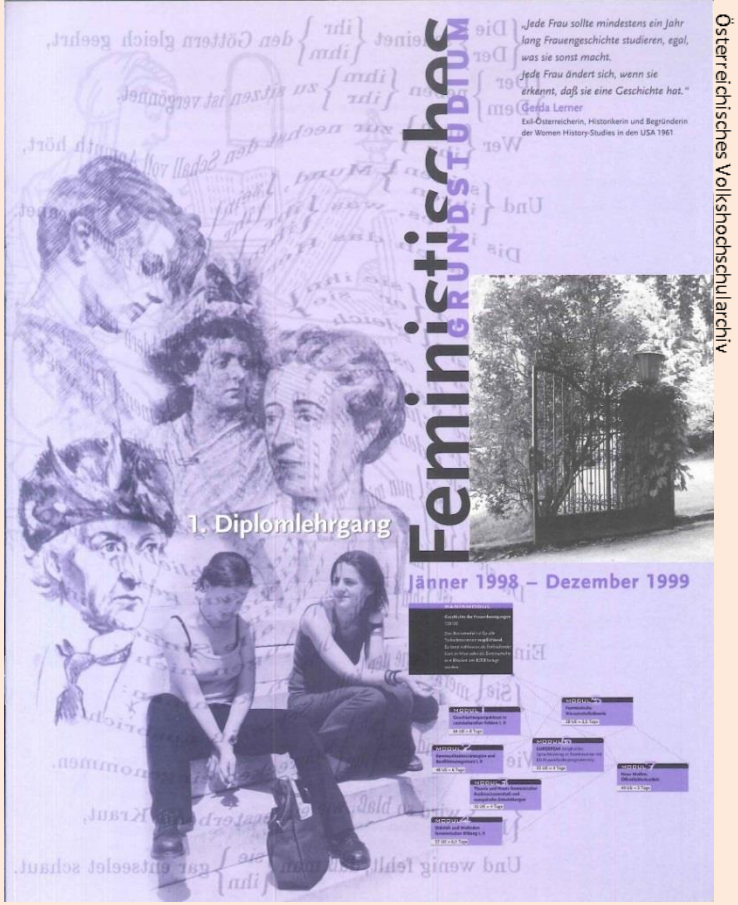
1993 wird die „Schulservicestelle für Unterrichtsprojekte zur Politischen Bildung Zeitgeschichte“ ins Leben gerufen. Nach einer kurzen Eingliederung in die ÖGPB wird sie 2001 an das Ludwig-Boltzmann-Institut angeschlossen. Seit 2006 arbeitet die Servicestelle unter dem Namen „Zentrum polis“.

ÖGPB

Innerhalb der ÖGPB formiert sich 1993 das „Informationszentrum Politische Bildung“, welches 2006 in den Geschäftsbereich „Bildungsangebote und Projektberatung“ umgewandelt wird. Somit umfasst die ÖGPB zwei Geschäftsbereiche.

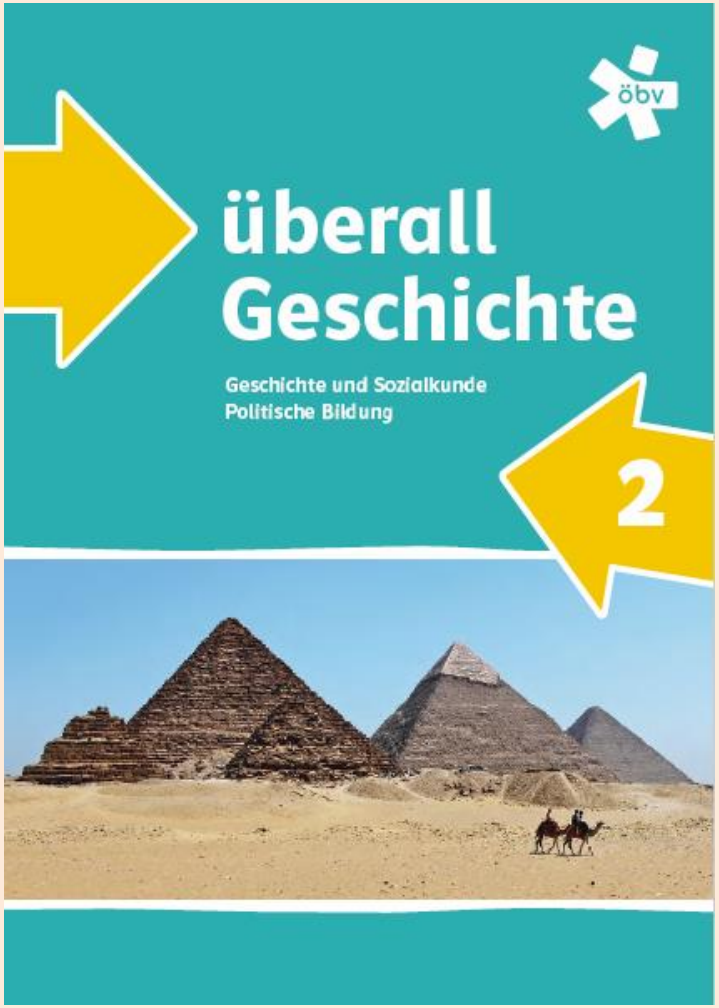
Österreichisches Volkshochschularchiv



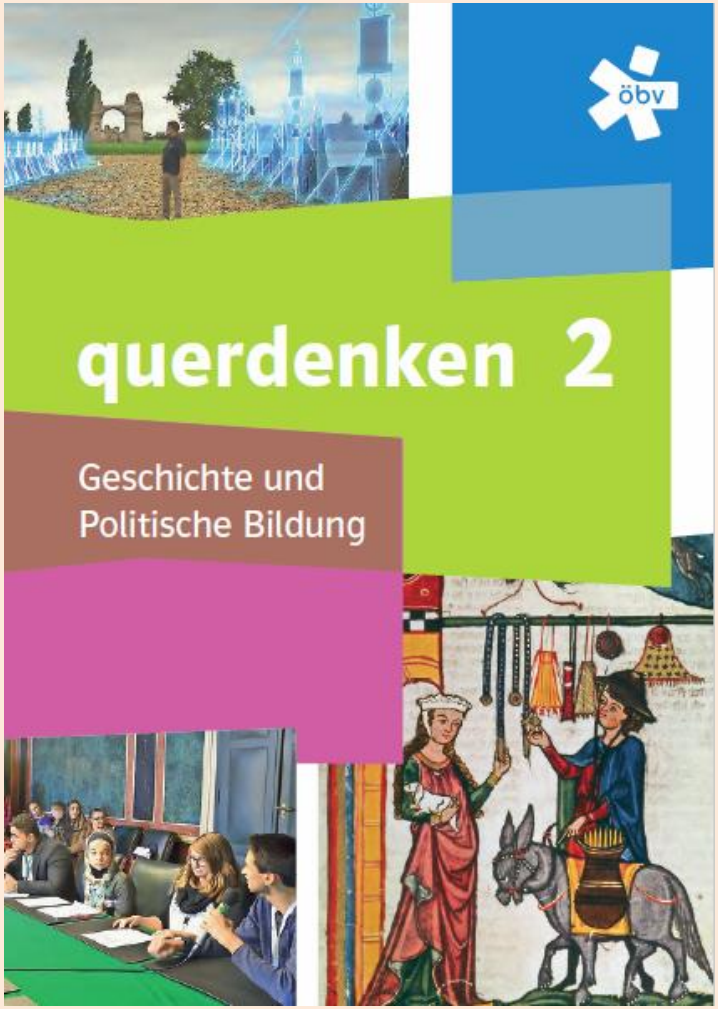


Österreichisches Volkshochschularchiv

Mit der Gründung des „Rosa-Mayreder-College“ 1999 geht eine Stärkung frauenpolitischer Inhalte und Themen in der politischen Bildung einher. Der berufsbegleitende Lehrgang findet bis 2012 statt.



Österreichischer Bundesverlag Schulbuch GmbH & Co. KG



Österreichischer Bundesverlag Schulbuch GmbH & Co. KG

Im Schuljahr 2001/02 wird die Fächerkombination „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ in der AHS eingeführt. Die Forderung nach einem eigenen Fach „Politische Bildung“ ist bis heute nicht erfüllt.

ÖNB: PLA16393359

2003 finden die „Aktionstage politische Bildung“ zum ersten Mal statt. Sie sind eine Kampagne des Bildungsministeriums und werden vom Zentrum polis koordiniert.

2008 wird die erste Professur für „Didaktik der Politischen Bildung“ an der Universität Wien (mit Wolfgang Sander) besetzt. Nach zwei regulären Jahren und einem Jahr als Gastprofessur wird die Stelle ab 2012 nicht besetzt.

Wolfgang Sander

Universität Wien

http://www.jku.at/news/content/e32681/e30001/e29882/e56793/paragraph56796/Politische-Bildung-online_ger.jpg

2009 startet das Masterstudium „Politische Bildung“ an der Johannes-Kepler-Universität Linz.

http://igpb.at/

IGPB
INTERESSENGEMEINSCHAFT
POLITISCHE BILDUNG

2009 wird die überparteiliche „Interessengemeinschaft für Politische Bildung (IGPB)“ gegründet. Der Ausbau und die Vertretung von Interessen der Politischen Bildung in der Öffentlichkeit zählen zu den Hauptaufgaben der IGPB.

Im Februar 2016 werden die Professur für Didaktik der Geschichte an der Universität Wien (mit Thomas Hellmuth) und im März 2017 die Professur für Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum der LehrerInnenbildung der Universität Wien (mit Dirk Lange) besetzt.

http://iassidd2014.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/k_iassidd2014/img/univie/UniWien_Frontansicht_001.jpg

Das Weiterbildungsprogramm der ÖGPB umfasst Workshops, Trainings, Tagungen/Symposien und Vorträge, die in Kooperation mit Erwachsenenbildungs-Einrichtungen mehrmals im Jahr bundesweit durchgeführt werden.
Das Ziel ist die Weiterbildung von ErwachsenenbildnerInnen im Bereich der politischen Bildung.
An den ÖGPB-Bildungsangeboten nahmen 4816 Personen in den Jahren 2006 bis 2016 teil.

Die ÖGPB fördert Projekte der politischen Erwachsenenbildung in den Mitgliedsbundesländern Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Kärnten (ab 2018). Die Mittel stellen die Mitgliedsbundesländer und das Bildungsministerium zur Verfügung.

Von 1992 bis 2016 wurden 5200 Projekte eingereicht und 3750 Projekte gefördert – dafür etwas mehr als 5,5 Mio. Euro Fördermittel vergeben.

Bildrecherche: Regina Wonisch

Text: Sonja Luksik

BMB
Bundesministerium für Bildung

BURGENLAND

NIEDERÖSTERREICH

LAND OBERÖSTERREICH

LAND SALZBURG

Das Land Steiermark

tirol Unser Land

Vorarlberg unser Land

KEBO
Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs